



Österreichs Beitrag zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) ist weltweit der größte Geber von Entwicklungshilfeleistungen. Die EU-Entwicklungspolitik konzentriert sich auf Armutsminderung, gute Regierungsführung, darunter die Förderung der Menschenrechte sowie von Geschlechtergleichstellung und Demokratie. Auch Österreich verfolgt diese Ziele und beteiligt sich an deren Umsetzung.

Österreich trägt als Nettozahler zum allgemeinen EU-Budget bei. Im Jahr 2008 zahlte die Republik 17 Prozent ihrer gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen in das gemeinsame EU-Budget für Entwicklungszusammenarbeit sowie in den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) ein. Aus diesem Grund ist Österreich die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und an der Umsetzung der EU-Entwicklungspolitik über EU-Außenhilfeprogramme, die derzeit für die Finanzperiode 2007–2013 gelten, besonders wichtig. Zu den bedeutendsten Außenhilfeeinstrumenten zählen:

- Europäischer Entwicklungsfonds für die Zusammenarbeit mit Afrika, Karibik und Pazifik (2008–2013) EEF
- Instrument für Entwicklungszusammenarbeit DCI (Development Cooperation Instrument) mit Asien und Lateinamerika
- Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument ENPI (European Neighbourhood Partnership Instrument)
- Instrument für Heranführungshilfe IPA (Instrument for Pre-Accession)
- Europäische Initiative für Demokratisierungspolitik und Menschenrechte EIDHR (European Initiative for Democracy and Human Rights)

Österreich und insbesondere die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) bemühen sich um die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Deshalb unterstützt Österreich auch aktiv die Bestrebungen für eine bessere Koordinierung und Arbeitsteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, der Europäischen Kommission (EK) und anderen Gebern. Grundlage dafür sind die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die Accra Agenda for Action. Großen Stellenwert für die OEZA haben Kofinanzierung und delegierte Kooperation, insbesondere mit der Europäischen Kommission. Seit April 2008, ist die Austrian Development Agency (ADA) berechtigt, EK-Mittel zu verwalten. Im August 2009 begann sie mit der Umsetzung des ersten Projekts für die EK in Albanien.

Folgenden Themen wird im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der EU besondere Beachtung geschenkt:

- **Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise:** Die Entwicklungsländer zählen nicht zu den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise, sie leiden aber massiv unter deren Auswirkungen. Viele Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele wurden durch die Krise zunichte gemacht. Innerhalb der EU setzt sich Österreich dafür ein, die Entwicklungsländer bei der

Bewältigung der Krise zu unterstützen. Dabei sollen sowohl kurzfristige als auch mittel- bis langfristige Entwicklungsbedürfnisse berücksichtigt werden. Letztendlich geht es um mehr, bessere und koordinierte Unterstützung.

-
- **Wasser und Energie:** Als Teil seines langjährigen Engagements in den beiden Sektoren Wasser und Energie unterstützt Österreich aktiv die Wasser- und Energieinitiativen der EU mit den entsprechenden Fazilitäten. Diese erhöhen gemeinsam mit dem Infrastruktur-Treuhandfonds die EU-Mittel für Programme und Projekte in diesen Bereichen. Zudem hat Österreich den Ko-Vorsitz in der EU-Afrika-Energiepartnerschaft und ist Mitglied in der Troika der African Working Group der EU-Wasserinitiative. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe unterstützt die OEZA den Dialog über politische Leitlinien und Strategien zwischen der EU und der Afrikanischen Union über die African Ministerial Conference on Water (AMCOW). Weiters ist Österreich der Energie- und Umweltpartnerschaft für Zentralamerika (EEP) beigetreten, die Projekte im Bereich erneuerbare Energie unterstützt. Auch die EK ist an einer Teilnahme an EEP interessiert. Den Dialog über nachhaltige Energie im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit fördert Österreich über das Global Forum on Sustainable Energy (GFSE).
- **Sicherheit und Entwicklung** bedingen einander. Vor allem in fragilen Staaten ist eine gut koordinierte Sicherheits- und Entwicklungspolitik von größter Bedeutung. Österreich wird sich deshalb auf EU-Ebene für seine Initiative zu den sozio-ökonomischen Auswirkungen von Friedensmissionen einsetzen. Ziel ist es, deren Potenzial für lokale Entwicklung zu nutzen.
- **Ländliche Entwicklung** ist ein wichtiger Sektor der OEZA. Auf internationaler und EU-Ebene bringt sich Österreich vor allem in den Bereichen Landfragen, internationale Agrarforschung und ländliches Beratungswesen aktiv ein. Ernährungssicherung ist ein zentrales Ziel von Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb unterstützt Österreich soziale und ökologisch nachhaltige Produktion sowie die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung. Für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung spielen Dezentralisierung und lokale Entwicklung eine Schlüsselrolle.
- **Geschlechtergleichstellung:** Österreich misst der Gleichstellung der Geschlechter und dem Empowerment von Frauen in allen Entwicklungsaktivitäten große Bedeutung bei. Nachdrücklich tritt es für die Einbeziehung von Frauen in Konfliktverhütung und -lösung ein. 2008 unterstützte Österreich die slowenische EU-Präsidentschaft durch die Förderung der Studie „Enhancing the EU Response to Women and Armed Conflict – with particular reference to development“. Darüber hinaus arbeitet Österreich aktiv in der Gender-Expertengruppe der Generaldirektion Entwicklung in der EK mit und unterstützt es die Erarbeitung und Umsetzung des Gender-Aktionsplans.
-
- **Klimawandel:** Die Entwicklungsländer im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen ist eine enorme Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen für die ärmsten Ländern der Welt, obwohl diese am wenigsten Verantwortung für die Ursachen tragen. Österreich fördert daher die Einbeziehung von Umweltschutz in alle EZA-Strategien und Aktivitäten der Europäischen Union, wobei ein spezieller Schwerpunkt auf Klimawandel liegt.
-